

2012

27. November 1978

Einfache Anfragen:

- 78.751. Carobbio vom 18. September 1978.
Deutsche Antiterror-Einheit in der Schweiz.
78.752. Ziegler-Genf vom 18. September 1978.
Deutsche Polizisten in der Schweiz.
78.796. Grobet vom 5. Oktober 1978.
Zwischenfall auf dem Flughafen Genf. Polizeimassnahmen

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 20. November 1978

Gestützt auf den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements und
aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die randvermerkten Einfachen Anfragen wird mit
einer Aenderung genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- JPD 12 zur Kenntnis
- EPD 6 zur Kenntnis
- EMD 1 (Dr. Kurz) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schwanke

NATIONALRAT

- 78.751 Einfache Anfrage Carobbio vom 18. September 1978
Deutsche Antiterror-Einheit in der Schweiz
- 78.752 Einfache Anfrage Ziegler-Genf vom 18. September 1978
Deutsche Polizisten in der Schweiz
- 78.796 Einfache Anfrage Grobet vom 5. Oktober 1978
Zwischenfall auf dem Flughafen Genf, Polizeimassnahmen
-

78.751 Einfache Anfrage Carobbio

Am vergangenen 25. August ist anlässlich der "Pseudo-Entführung" eines TWA-Flugzeuges in Genf eine Einheit der deutschen Antiterror-Spezialtruppe GSG9 nach Payerne gekommen und hat sich dort für einen allfälligen Einsatz bereitgehalten. Der Bundesrat hatte dazu seine Einwilligung gegeben. Zudem ist ein Armeebataillon in Alarmzustand versetzt worden. Dies alles scheint nicht gerade der Praxis zu entsprechen, nach der es in erster Linie Aufgabe der Kantonsbehörden ist, auf ihrem Kantonsgebiet für Sicherheit zu sorgen, und die jedes Eingreifen von Polizeikräften fremder Länder ausschliesst.

Ich bitte den Bundesrat, zu sagen,

1. wie er die Bewilligung für die deutsche GSG9-Einheit, schweizerisches Gebiet zu betreten, um für einen allfälligen Einsatz bereit zu sein, mit den Grundsätzen der Unabhängigkeit und der Neutralität unseres Landes vereinbart;
2. ob die Erteilung dieser Bewilligung ein erster Schritt zu einer ständigen Praxis sein soll, für die Bekämpfung von Flugzeugentführungen, und die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ganz allgemein, die Mitwirkung ausländischer Polizeikräfte zuzulassen;
3. wer bewilligt und beschlossen hat, dass ein Armeebataillon in Payerne in den Alarmzustand versetzt wird;
4. wieweit die Untersuchung der Ereignisse von Genf vom 25. August fortgeschritten ist und welches Ergebnis sie bis heute gezeitigt hat.

78.752 Einfache Anfrage Ziegler-Genf

Im August 1978 wurde ein Langstreckenflugzeug der TWA während acht Stunden auf einer Piste des interkontinentalen Flughafens Genf-Cointrin festgehalten.

Die schweizerischen Behörden befürchteten, an Bord der Maschine befinde sich ein Luftpirat.

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements liess eine bewaffnete Einheit der deutschen Spezialpolizei in die Schweiz kommen, ohne die Oeffentlichkeit und, wie es scheint, auch ohne seine Kollegen vom Bundesrat darüber zu informieren.

Die Anwesenheit bewaffneter ausländischer Kräfte in der Schweiz - selbst in beschränkter Anzahl - ist eine schwerwiegende und für zahlreiche Bürger äusserst beunruhigende Angelegenheit; sie übersteigt bei weitem die übliche und notwendige Politik gegenseitiger Hilfe zwischen den Behörden benachbarter Länder.

Durch sein Aufgebot ausländischer bewaffneter Einheiten erweckt der Bundesrat den Eindruck, weder die schweizerische Armee noch die schweizerischen Polizeikräfte seien in der Lage, die Sicherheit einer Gruppe von knapp hundert Passagieren zu gewährleisten, die durch oder in die Schweiz reisen.

Welche Gründe haben den Bundesrat bewogen, sich an bewaffnete Kräfte eines ausländischen Staates zu wenden?

Welche Garantien ist der Bundesrat bereit abzugeben, dass in Zukunft die Gewährleistung der Sicherheit in der Schweiz ausschliesslich schweizerischen Soldaten und Polizisten anvertraut wird?

78.796 Einfache Anfrage Grobet

Am 26. August war ein Flugzeug der TWA während rund zehn Stunden in Genf-Cointrin blockiert, wie sich herausstellte wegen eines Geisteskranken oder eines "Spassvogels", dessen Handlungsweise nicht genug verurteilt werden kann.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass die Art und Weise, wie die Botschaft, welche die Farce in Gang brachte, dem Bordkommandanten überbracht wurde, ihre Form, ihr Inhalt, das Ausbleiben jedes Lebenszeichens ihres Verfassers nach der Uebergabe..... die Polizei sehr schnell hätten zur Einsicht führen können, worum es sich hier in Wahrheit handelte.

Der Umfang der ergriffenen Sicherheitsvorkehrungen und das völlige Fehlen jeden Sinns für die Proportionen bei jenen, welche die Massnahmen angeordnet haben, können angesichts dieser Tatsachen nur erstaunen; ist doch nach Pressemeldungen ausser der Mobilisierung umfangreicher Polizeikräfte die Truppe in Bewegung oder zumindest in Alarmbereitschaft gesetzt worden, eine Spezialeinheit für Terrorbekämpfung aus der Bundesrepublik gekommen und der Bundesrat zu einer Notsitzung zusammengetreten; Ausserdem blieb das Flugzeug zehn Stunden lang blockiert, während sich seine Passagiere im Innern frei bewegten.

Es ist daran zu erinnern, dass zwar Bombenalarm und Bedrohung der Bevölkerung durch Geistesgestörte leider häufig geworden sind, aber in der Regel nicht zu Polizeimassnahmen Anlass geben, die das übliche Mass überschreiten und die man - wie im vorliegenden Fall - nachträglich als ausgezeichnete Uebung (!) zu rechtfertigen sucht. Dabei können doch gewisse der getroffenen Massnahmen (Truppenaufgebot, Beizug ausländischer Militärkräfte) als unerfreuliche Präzedenzfälle gelten. Ich stelle deshalb dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Welche Behörde hat den Anstoss gegeben zu jenem Dispositiv, das am 26. August zum Einsatz kam, und auf welche gesetzlichen Grundlagen stützte der Bund seine Intervention?
2. Welche Behörde hat die Truppe aufgeboten, auf welche gesetzliche Grundlagen hat sie sich dabei gestützt und welche Instruktionen wurden gegeben?
3. Welche Behörde hat das Kommando der deutschen Bundeswehr in die Schweiz gerufen, gestützt auf welche gesetzliche Grundlagen? Gibt es diesbezügliche mündliche oder schriftliche Uebereinkommen zwischen der Schweiz und gewissen Ländern, über die das Parlament nicht informiert wurde? Wieviele Soldaten kamen in die Schweiz? Waren sie bewaffnet, und welche Instruktionen hatten sie erhalten? Wer hat die Kosten für diesen Kommandoeinsatz bezahlt? Warum hat der Bundesrat versucht, die Ankunft dieses Kommandos, die durch die Presse enthüllt wurde, zu verschweigen? Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass der Beizug ausländischer Truppen als Verletzung unserer Neutralität interpretiert werden könnte, und dass ihre Bereitstellung auf einem Militärflugplatz eine Verletzung der in diesen Dingen sonst sehr strengen Sicherheitsvorschriften darstellt?
4. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass solche Zwischenfälle in Zukunft mit mehr Umsicht behandelt werden sollten, einerseits um die Bevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen und eine Terrorismuspsychose bei den einen, billige Witze bei den anderen zu vermeiden, andererseits um nicht publizitätstlüsterne Neurotiker zur Nachahmung anzuregen?

Antwort des Bundesrates

Die Meldung über die Entführung einer TWA-Maschine nach Genf am 25. August 1978 hat zum Einsatz des Sonderstabes Geiselnahme des Bundesrates geführt, welchem u.a. die Aufgabe zufällt, die Verbindung mit kantonalen und ausländischen Regierungen sicherzustellen, Massnahmen zur Krisenbewältigung vorzubereiten und die Entscheidungsgrundlagen für die Landesregierung zu beschaffen. Anschläge an Bord von Flugzeugen unterstehen gemäss Luftfahrtgesetz der Bundesgerichtsbarkeit.

Terroristische Gewaltakte richten sich gegen Leib und Leben von Mitmenschen. Es ist Pflicht des Staates, diese höchsten Güter möglichst wirksam zu schützen und Angriffe auf sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Im vorliegenden Fall ging der Kommandant des Flugzeuges bis zum unblutigen Ende der Entführung davon aus, einen oder mehrere Terroristen an Bord zu haben.

Der Bundesrat hat deshalb auf Antrag des Vorstehers des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes und im steten Kontakt mit dem Krisenstab der Genfer Regierung Vorbereitungsmassnahmen getroffen. Ein im Wiederholungskurs stehendes Bataillon wurde in Anwendung von Art. 195 MO in Marsch gesetzt, um in der Nähe von Genf bereit zu sein, bei eventuellen Aktionen den Flughafen abzuriegeln; der Kommandant der Territorialzone 1 befand sich während der entscheidenden Phasen im Krisenstab in Genf.

Der Kanton Genf ersuchte den Kanton Bern um Verstärkung der eigenen Polizei durch Spezialisten der Berner Polizei. Der Bundesrat seinerseits nahm das Angebot der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an, zehn erfahrene Spezialisten der GSG 9 mit Material zur Verfügung zu stellen. Je nach Bedarf sollten diese der Einsatzleitung in Genf ohne Verzug beratend zur Seite stehen

27.11.1978

- 2 -

können; deshalb wurden sie nach Annahme des Hilfsangebotes durch den Bundesrat vom Sonderstab Geiselnahme nach Payerne befohlen. Es wäre unverantwortlich gewesen, in einer konkreten Gefahrensituation auf angebotene Hilfe zu verzichten. Ausser für das Auftanken zweier Helikopter entstanden dem Bund dadurch keine Kosten. Irgendwelche Geheimabkommen über solche Hilfeleistungen bestehen nicht. Wohl aber zeigte es sich, dass die enge Zusammenarbeit in der Terrorabwehr, die mit den Staaten des Europarates und insbesondere mit unseren Nachbarstaaten in den letzten Jahren intensiviert wurde, ihre Früchte trägt.

Mit dem Beizug von Beratern aus der Grenzschutzgruppe 9 wurde weder die Neutralität noch die Unabhängigkeit unseres Landes in Frage gestellt, sondern für gewisse mögliche Lageentwicklungen die Chance verbessert, Menschenleben zu retten und zu schützen. Darin eine Missachtung der eigenen, schweizerischen Kräfte zu erblicken, geht fehl. Die von den eidgenössischen Räten genehmigte Gesetzesvorlage zur Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben durch den Bund würde es gestatten, die Ausbildung und Ausrüstung der Schweizer Polizei für die Terrorbekämpfung noch weiter voranzubringen. Die seit geraumer Zeit in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen laufende Ausbildung von Angehörigen verschiedener Polizeikorps in der Terrorabwehr bildet dazu eine gute Basis. Der Bundesrat behält sich vor, auch inskünftig Hilfe, die von ausländischen Regierungen angeboten wird, je nach Lage anzunehmen, sofern sich damit wie im vorliegenden Fall die Aussicht erhöht, Menschenleben zu schützen und zu retten.

Das von der Bundesanwaltschaft geführte gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren hat es ermöglicht, den mutmasslichen Täter zu eruieren. Es handelt sich um den in den USA wohnhaften deutschen Staatsangehörigen Rudi Kreitlow; er wurde aufgrund des von den schweizerischen Behörden zur Verfügung gestellten Untersuchungsmaterials verhaftet und wird vor Gericht gestellt werden.

CONSEIL NATIONAL

- 78.751 Question ordinaire Carobbio du 18 septembre 1978
Corps antiterroriste allemand en Suisse
- 78.752 Question ordinaire Ziegler-Genève du 18 septembre 1978
Policiers allemands en Suisse
- 78.796 Question ordinaire Grobet du 5 octobre 1978
Incident de Genève-Cointrin, mesures de police
-

1. Interventions parlementaires

=====

78.751 Question ordinaire Carobbio

Le 25 août 1978, à l'occasion du "pseudo-détournement" d'un avion de la TWA à Genève, un groupe du corps antiterroriste allemand GSG 9 est arrivé à Payerne, prêt à intervenir. Cela, avec l'autorisation du Conseil fédéral. D'autre part, un bataillon de notre armée a été mis en état d'alerte. De tels procédés paraissent peu conformes à la pratique selon laquelle c'est surtout aux autorités cantonales qu'il incombe de veiller à la sécurité dans leur propre canton qui, de toute façon, exclut toute intervention de forces étrangères. Le député soussigné demande au Conseil fédéral de dire :

1. Comment il a pu concilier l'autorisation accordée au corps allemand GSG 9 d'entrer en Suisse, pour être prêt à intervenir au besoin, avec les principes de l'indépendance et de la neutralité de notre pays;
2. Si une telle autorisation doit constituer un précédent ouvrant la porte à une pratique constante de recours à la collaboration de forces étrangères en vue de lutter contre les détournements d'avions et, d'une façon plus générale, de maintenir la sécurité intérieure;
3. Qui a autorisé et décidé la mise en état d'alerte d'un bataillon de notre armée à Payerne;
4. Quels sont, à l'heure actuelle, les résultats de l'enquête ouverte sur les faits qui se sont produits le 25 août 1978 à Genève ?

78.752 Question ordinaire Ziegler-Genève

En août 1978, un avion long-courrier de la compagnie TWA était immobilisé pendant huit heures sur une piste de l'aérodrome intercontinental de Genève-Cointrin.

Les autorités suisses craignaient la présence à bord d'un pirate de l'air.

27.11.1978

--2--

Sans en informer l'opinion publique et - semble-t-il -, ses collègues du Conseil fédéral, le chef du Département fédéral de justice et police fit venir en Suisse une unité armée de la police spéciale allemande.

La présence de forces armées étrangères en Suisse - même en nombre limité - est une affaire grave et profondément inquiétante pour de nombreux citoyens; elle dépasse de très loin la normale et nécessite une politique d'entraide entre autorités de pays voisins.

Le Conseil fédéral, ayant fait appel à des unités armées étrangères, donne l'impression que ni l'armée ni les polices de Suisse ne sont en état d'assurer la sécurité d'une petite centaine de passagers transitant par la Suisse ou débarquant en Suisse.

Quelles sont les raisons du Conseil fédéral pour son appel aux forces armées d'un Etat étranger ?

Subsidiairement : quelles sont les garanties que le Conseil fédéral entend donner afin qu'à l'avenir le maintien de la sécurité en Suisse soit confié exclusivement à des soldats et policiers suisses ?

78.796 Question ordinaire Grobet

Le 26 août, un avion de la TWA a été immobilisé une dizaine d'heures à Genève-Cointrin, à la suite de ce qui devait se révéler être l'acte d'un malade mental ou d'un mauvais plaisant dont on ne saurait trop stigmatiser les agissements.

Il n'en demeure pas moins que la façon dont le message à l'origine de cette action a été remis, au commandement de bord, sa forme, son contenu, l'absence de toute manifestation de son auteur après la remise dudit message, auraient dû amener la police à se rendre compte très rapidement de ce qu'il en était vraiment.

Dès lors, on ne peut que s'étonner de l'ampleur des mesures de sécurité prises à cette occasion et de l'absence totale du sens des proportions de ceux qui en ont pris l'initiative, puisque, selon la presse, outre la mobilisation d'importants effectifs de police, la troupe aurait été mise en oeuvre ou du moins en état d'alerte, des spécialistes de la lutte antiterroriste sont venus d'Allemagne fédérale et ... le Conseil fédéral aurait été réuni d'urgence ! L'avion est, en outre, resté immobilisé une dizaine d'heures, alors que ses passagers se déplaçaient librement à l'intérieur.

En rappelant que des alertes à la bombe ou des menaces de mise en danger de la population de la part de déséquilibrés sont hélas chose fréquente, mais ne donnent pas lieu en général à des interventions policières dépassant la normale, que l'on essaye par la suite de justifier, comme en l'espèce, en déclarant qu'il s'agit d'un excellent exercice (!), alors qu'elles peuvent constituer pour certaines d'entre elles (appel à la troupe et à des forces militaires étrangères) un fâcheux précédent, le soussigné pose les questions suivantes au Conseil fédéral :

1. Quelle autorité a pris l'initiative de faire appel au dispositif mis en place le 26 août et quelles sont les bases légales sur lesquelles la Confédération a fondé son intervention ?
2. Quelle est l'autorité qui a fait appel à la troupe, sur quelles bases légales et quelles furent les instructions données ?
3. Quelle est l'autorité qui a fait appel à un commando de l'armée allemande et sur quelles bases légales ? Y a-t-il des accords en la matière entre la Suisse et certains pays, oraux ou écrits, dont le Parlement n'a pas été informé ? Quel était le nombre de soldats venus en Suisse ? Etaient-ils armés et quelles étaient les instructions qui leur avaient été données ? Qui a payé les frais de ce commando ? Pourquoi le Conseil fédéral a-t-il essayé de passer sous silence la venue de ce commando, révélée par la presse ? Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que l'appel de troupes étrangères peut être interprété comme une atteinte à notre neutralité et ne pense-t-il pas que leur stationnement sur un aéroport militaire constitue une atteinte à la réglementation en matière de sécurité militaire pourtant stricte en la matière ?
4. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas qu'à l'avenir de tels incidents doivent être traités avec plus de circonspection afin, d'une part, d'éviter d'alarmer inutilement la population et de créer un climat de psychose du terrorisme chez les uns ou de plaisanterie facile chez les autres et, d'autre part, de susciter par-là même des idées de mimétisme auprès de déséquilibrés à la recherche de publicité ?

2. Réponse du Conseil fédéral

L'annonce du détournement, le 25 août 1978, d'un avion de la TWA à Genève a donné lieu à la mise sur pied de l'état-major spécial du Conseil fédéral, qui intervient en cas de prises d'otages et auquel il incombe notamment d'assurer la liaison avec les gouvernements d'autres cantons et d'Etats étrangers, de préparer les mesures propres à faire face à la crise et de fournir au gouvernement fédéral les informations devant servir de base à ses décisions. Les attentats perpétrés à bord d'avions relèvent, aux termes de la loi fédérale sur la navigation aérienne, de la juridiction fédérale.

Les actes de terrorisme sont dirigés contre l'intégrité corporelle et la vie humaine. Il est du devoir de l'Etat de protéger le plus efficacement possible ces biens suprêmes et d'opposer aux attaques dont ils font l'objet tous les moyens à disposition. Dans le cas en question, le commandant de l'avion supposait, jusqu'à l'issue du détournement sans effusion de sang, avoir un ou plusieurs terroristes à bord.

C'est pourquoi le Conseil fédéral, qui était en liaison permanente avec l'état-major de crise du gouvernement genevois, a pris en l'occurrence, à la demande du chef du Département fédéral de justice et police, des mesures préparatoires. Conformément à l'article 195 de l'organisation militaire, un bataillon qui accomplissait son

cours de répétition a été déplacé afin qu'il puisse se tenir prêt, à proximité de Genève, à encercler l'aéroport de Cointrin si une intervention se révélait nécessaire; le commandant de la 1re zone territoriale se trouvait, durant la phase décisive, à l'état-major de crise à Genève. Le canton de Genève a demandé à celui de Berne de renforcer la police genevoise par des spécialistes de la police bernoise. De son côté, le Conseil fédéral a accepté l'offre du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne de mettre à disposition dix spécialistes expérimentés de la troupe spéciale GSG 9 (Grenzschutzgruppe), munis de leur matériel. Ceux-ci devaient être à même, selon les besoins, d'intervenir sans délai pour assister de leurs conseils ceux qui dirigeaient les opérations à Genève. C'est pourquoi l'état-major chargé d'intervenir en cas de prises d'otages a donné l'ordre, sitôt l'offre allemande acceptée par le Conseil fédéral, de les envoyer à Payerne. En présence d'une menace précise, renoncer au secours proposé aurait dénoté un manque de sens des responsabilités. Mis à part le plein d'essence de deux hélicoptères, la Confédération n'a pas eu de frais à supporter. Il n'existe pas d'accord secret, de quelque nature que ce soit, prévoyant des mesures d'entraide de ce genre. En revanche, il est apparu que l'étroite collaboration qui, dans la lutte contre le terrorisme, s'est instaurée entre notre pays et les Etats membres du Conseil de l'Europe, et qui s'est resserrée au cours de ces dernières années, en particulier entre la Suisse et les Etats voisins, a porté ses fruits.

Prendre conseil des spécialistes du groupe GSG 9 n'a mis en cause ni la neutralité ni l'indépendance de notre pays, mais n'a fait qu'accroître les chances de sauver et de protéger des vies humaines suivant l'évolution de la situation. Y voir une manifestation de mépris à l'égard de nos propres forces est tout à fait erroné. Le texte de loi, approuvé par les Chambres fédérales, sur l'accomplissement des tâches de la Confédération en matière de police de sécurité, permettrait de perfectionner l'instruction et l'équipement de la police suisse pour lutter contre le terrorisme. L'instruction qui est dispensée de manière constante, depuis un certain temps, grâce à une étroite collaboration entre la Confédération et les cantons, à des membres de divers corps de police aux fins de les entraîner à la lutte contre le terrorisme, constitue une excellente base. Le Conseil fédéral se réserve d'accepter derechef, à l'avenir, l'aide que pourraient lui offrir des gouvernements étrangers, si les événements devaient l'y inciter et si les possibilités de protéger et de sauver des vies humaines s'en trouvaient accrues, comme dans le cas dont il est question en l'occurrence.

L'enquête de police judiciaire menée par le Ministère public de la Confédération a permis d'identifier l'auteur présumé du délit. Il s'agit du ressortissant allemand Rudi Kreitlow, domicilié aux Etats-Unis d'Amérique; il a été emprisonné à la suite des renseignements recueillis au cours de l'enquête, qu'ont fournis les autorités suisses. Il devra répondre de ses actes devant un tribunal.